

Durbacher Erklärung
10. Oktober 2025

**EUROPA
VORAN
BRINGEN**

Die Europäische Union steht vor gewaltigen Herausforderungen in Fragen der Sicherheit, Wirtschaft und der Stabilität unserer Demokratien. In Europa herrscht Krieg, Russland bedroht unsere Grenzen und China verfolgt eine aggressive Außen- und Handelspolitik. Die protektionistische Zollpolitik der USA verschärft den Druck auf die europäische Industrie zusätzlich, während Deutschland das dritte Jahr in Folge in der Rezession verharrt.

Europa steht an einem Wendepunkt. Wirtschaftspolitik, Handelspolitik, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik müssen in Ergänzung zueinander gesehen werden. Ziel muss es sein, die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, die Investitionsbereitschaft zu erhöhen und den Binnenmarkt als Motor für Wachstum und Innovation neu zu beleben.

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament fordert daher (als Ergebnis ihrer Klausurtagung am 9. und 10. Oktober 2025 in Durbach) die folgenden strategischen Initiativen:

1. Der europäische Binnenmarkt muss vertieft und vorangebracht werden.

Wir fordern einen klaren politischen Impuls zur weiteren Vertiefung und Vollendung des Binnenmarktes, um damit ein Signal für Investoren zu setzen. Besonders in den Bereichen Telekommunikation, Digitalwirtschaft und Energie besteht dringender Handlungsbedarf. Während Unternehmen in den USA oder China von einem integrierten Binnenmarkt profitieren und enorme Skaleneffekte erzielen, sind europäische Unternehmen mit 27 fragmentierten Rechtsrahmen konfrontiert. Differenzen im Insolvenz-, Gesellschafts- und Arbeitsrecht erschweren die grenzüberschreitende Expansion und hemmen Investitionen. Die Umsetzung des 28. Regimes als optionaler europäischer Rechtsrahmen wäre ein entscheidender Schritt zur Vollendung des Binnenmarktes und würde Start-ups wie Mittelständlern grenzüberschreitendes Wachstum und Skalierung erleichtern.

2. Eine Verteidigungsunion braucht einen europäischen Rüstungsbinnenmarkt.

Wir fordern die Verwirklichung des europäischen Rüstungsgüterbinnenmarkts, um das gesamte Innovationspotenzial der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie für die Ertüchtigung nationaler Fähigkeiten nutzbar zu machen. Bisherige nationale Alleingänge, unterschiedliche Zertifizierungsverfahren und langwierige Exportregeln sind angesichts der Bedrohungslage nicht länger tragbar. Militärisches Gerät, das in einem EU-Land zugelassen ist, muss automatisch in allen Mitgliedstaaten nutzbar sein. Zudem brauchen wir einen „militärischen SchengenRaum“, der die Mobilität europäischer Streitkräfte garantiert und schnelle Reaktionszeiten ermöglicht. Genehmigungs- und Beschaffungsverfahren müssen massiv vereinfacht werden. Es braucht einen Verteidigungschek für alle europäischen Vorgaben um sicherzustellen, dass sie den Sicherheitsinteressen Europas nicht im Wege stehen. Ausschreibungs- und Vergabeverfahren müssen beschleunigt, flexibilisiert und entbürokratisiert werden. Darüber hinaus braucht es mehr finanzielle Flexibilität, damit Europa schneller auf Entwicklungen im Bereich disruptiver Technologien reagieren kann. Hierbei ist der schnellste Weg zur Bekämpfung der Drohnenbedrohung der kurzfristige Erwerb ukrainischer Lizenzen für die Herstellung deren kampferprobten Abwehdrohnen, die auch den schnellen Innovationszyklen mitumfassen. Forschung und Innovation in der Verteidigungsindustrie müssen gezielt gefördert werden, um Dual-Use-Technologien zu entwickeln, die sowohl militärische als auch zivile Anwendung ermöglichen. Um sicherheits- und verteidigungspolitisch handlungsfähig zu sein, fordern wir zudem einen

Europäischen Sicherheitsrat, der gemeinsame, schnelle und klare europäische Entscheidungen ermöglicht. Neben technischer Einsatzbereitschaft muss auch die Bevölkerung mitgenommen werden: Die Notwendigkeit zur Verteidigung muss vermittelt werden, es gibt keine Verteidigungsfähigkeit ohne breiten gesellschaftlichen Konsens.

3. Die Kapitalmarktunion muss vollendet werden.

Wir fordern die längst überfällige Kapitalmarktunion. Die EU kann sich nationale Befindlichkeiten nicht mehr leisten. Erforderlich hierfür sind eine stärker harmonisierte EU-Aufsicht (ESMA), der Abbau von innereuropäischen Investitionshindernissen (insb. im Bereich Steuer- und Insolvenzrecht), ein leichterer Zugang zu Eigen-/Wagniskapital und eine pragmatische Umsetzung der neuen Listing-Regeln. Der Bankensektor muss durch einen Fokus auf Verhältnismäßigkeit und Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden.

4. Bestehende Gesetze müssen massiv vereinfacht, Reformen umgesetzt werden.

Wir fordern, dass Bürokratieabbau sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für Unternehmen konkret spürbar wird. Statt einer bevormundenden und kontrollierenden Gesetzgebung braucht es wieder vertrauensbasierte Gesetzgebung, die Bürgern und Wirtschaft neue Spielräume gibt. Die EU-Gesetze und Haushaltsordnung müssen weiterhin auf den Prüfstand gestellt werden, belastende Vorschläge müssen radikal entschärft oder gestoppt werden. Jeder weitere Gesetzesvorschlag muss im Rahmen einer gründlichen Folgenabschätzung sorgfältig abgewogen werden. Im Rahmen der sogenannten Omnibus-Verfahren dürfen Gesetze nicht nur zeitlich verschoben, sondern auf ein erträgliches Maß zurückgefahren werden. Dabei ist entscheidend, dass CDU und CSU über die Bundesregierung und den Rat und auch die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament geeint, gemeinsam und stark unsere Interessen auf allen Ebenen vertreten. Nur durch echte Vereinfachung können Investitionen in den Standort Europa angezogen und Wirtschaftswachstum gefördert werden.

5. Europäische Wirtschaftspolitik muss an der Sozialen Marktwirtschaft ausgerichtet werden.

Wir fordern ein umfassendes wirtschaftspolitisches Gesamtprogramm der EU, das anhand der ordnungspolitischen Leitlinien der Sozialen Marktwirtschaft erstellt und umgesetzt wird. Europa muss sich auf die Stärkung zentraler Standortfaktoren und auf marktkonforme Lösungen setzen. Industriepolitische Maßnahmen, die in das Marktgeschehen eingreifen, sollten auf zentrale Schlüsseltechnologien und Wertschöpfungsketten beschränkt bleiben.

6. Neue Märkte müssen strategisch erschlossen werden.

Wir fordern eine stärker geopolitisch ausgerichtete Handelspolitik der EU. Abkommen wie mit dem Mercosur, Indien, Indonesien und anderen Partnern müssen schnell abgeschlossen und in Kraft gesetzt werden, ohne sie mit sachfremden Themen zu überfrachten. Damit erschließen wir neue Absatzmärkte, diversifizieren Lieferketten, gewährleisten unsere Versorgungssicherheit und bieten Halt und Orientierung in einer rauen gewordenen Welt.

7. Landwirtschaft im Kontext Wettbewerbsfähigkeit mitdenken und mitnehmen.

Zugleich muss die europäische (Handels-)Politik unsere heimische Landwirtschaft befähigen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu wahren. Dazu gehört auch ein Mehrjähriger Finanzrahmen, welcher die Einkommen der europäischen Landwirtschaft sichert. Eine wirksame und glaubhafte Entlastung sowie der Schutz unserer landwirtschaftlichen Produktion sind unabdingbar, um Fairness und Akzeptanz sicherzustellen. Dies wollen wir unterstützen durch ein faires Level-Playing-Field zwischen heimischer und ausländischer Produktion und idealerweise einer stringenten Umsetzung unserer hohen Produktionsstandards im In- und Ausland, etwa durch Importkontrollen. Nur so kann europäische Landwirtschaft auch in einem offenen Welthandel bestehen.

8. Der Automobilstandort Europa muss wieder gestärkt werden.

Europa muss auch in Zukunft ein starker und wettbewerbsfähiger Standort für die Automobil- und Zulieferindustrie bleiben. Nur wenn wir Industriepolitik, Innovation und Klimaschutz gemeinsam denken, kann Europa auch in Zukunft eine industrielle Führungsrolle übernehmen – und zugleich seine ehrgeizigen Klimaziele erreichen. Deshalb braucht es jetzt eine pragmatische und technologieoffene Politik: die Rücknahme des Verbrennerverbots, die konsequente Einbeziehung alternativer Kraftstoffe und gezielte Unterstützung für die Industrie. So kann Europa seinen Anspruch untermauern, weltweit Vorreiter für nachhaltige Mobilität zu sein.

9. Der Forschungs- und Innovationsstandort Europa muss gestärkt werden.

Wir fordern einen attraktiven Forschungs- und Innovationsstandort in der EU. Im Hinblick auf Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit anderswo muss die EU in diesem Feld eine zentrale Rolle einnehmen. Die EU-Gesetzgebung zu generativer KI muss grundlegend überarbeitet und von einem übermäßig risikofokussierten zu einem innovationsfreundlichen Ansatz weiterentwickelt werden. Europäische Start-ups müssen in der entscheidenden Scale-up-Phase verbesserten Zugang zu Wagnis- und Wachstumskapital erhalten, um den Abfluss von technologischem Know-how und Innovationspotenzial ins Ausland zu verhindern. Sicherheits- und verteidigungsrelevante Dual-Use-Felder müssen hierbei gezielt eingebunden werden.

10. Die EU muss ihre strategische Handlungsfähigkeit ausbauen.

Die EU muss ihre strategische Handlungsfähigkeit konsequent verbessern. Um den vielfältigen geopolitischen Herausforderungen gewachsen zu sein, darf sie sich nicht auf ad-hoc Mobilisierung von Mehrheiten im Krisenmodus verlassen, sondern muss ihre Entscheidungsprozesse dauerhaft effektiver gestalten. Wir fordern daher die Ausweitung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen im Rat im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Durch die Aktivierung der sogenannten Passerelle-Klausel gemäß Artikel 48 Absatz 7 EUV besteht bereits heute die Möglichkeit, diesen Schritt ohne umfassende Vertragsänderung zu gehen – es bedarf einzig des politischen Willens.

11. Energiepreise müssen spürbar gesenkt werden.

Wir fordern bezahlbare Energiepreise für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen über ein robustes, integriertes Energiesystem als zentrale Voraussetzungen für Europas Wettbewerbsfähigkeit, soziale Stabilität und industrielle Souveränität. 2026 muss daher das Jahr zur Vollen- dung des Energiebinnenmarkts werden. Dafür braucht es: einen legislativen Energie-Omnibus, der zentrale Binnenmarkthebel bündelt: Netzausbau, Marktintegration, Digitalisierung, flexible Tarife, faire Netzentgelte und koordinierte Krisenmechanismen; ein europäisches Grids-Paket, das Genehmigungen beschleunigt, Interkonnektoren ausbaut und Investitionen in Speicher und Lastmanagement erleichtert; die vollständige Umsetzung des Marktdesigns (Strommarkt- reform 2024), für langfristige Preisstabilität durch PPAs und Contracts for Difference (CfD); die Stärkung der grenzüberschreitenden Energie-Infrastrukturen; vereinfachte Binnenmarktregeln für Wasserstoff und erneuerbare Gase sowie Resilienzmechanismen gegen Energiekrisen.

12. Mehr Digitalisierung für mehr Wettbewerb und mehr Souveränität.

Europa muss jetzt handeln, um seine digitale Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Die EU ist derzeit stark abhängig von externen digitalen Innovationen, was ihre wirt- schaftliche und sicherheitspolitische Unabhängigkeit gefährdet. Eine klare Priorisierung digita- ler Fähigkeiten und Investitionen ist dringend nötig. Besonders Künstliche Intelligenz (KI) und an- dere Zukunftstechnologien verändern Gesellschaft und Wirtschaft rasant. Ihre Chancen müssen in allen europäischen Politikbereichen – von Bildung über Industrie bis Verteidigung – integriert werden. Dafür braucht es endlich eine Digitalstrategie, die schnell umgesetzt und unverzüglich realisiert wird.

13. Mehr deutsche Entschlossenheit in der EU.

Die von der Bundesregierung im Koalitionsvertrag festgeschriebene Neuausrichtung der deut- schen Europapolitik muss endlich umgesetzt werden. Trotz des erklärten Ziels, die „German Vote“ im Rat zu beenden und mit einer einheitlichen und starken Stimme in Brüssel aufzutre- ten, bleibt die Regierung in zentralen EU-Vorhaben uneins. Durch Enthaltungen an entschei- denden Stellen verspielt Deutschland immer wieder Einfluss. Diese Unentschlossenheit untergräbt Europas Handlungsfähigkeit und beschädigt Deutschlands Glaubwürdigkeit. Deutschland muss in der Europapolitik wieder zu klaren, verlässlichen Positionen finden und Führungsverantwor- tung in Europa übernehmen.

CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
UdL 71, Zi. 2.10
Platz der Republik 1
11011 Berlin

☎ 030 / 22 77 57 75
✉ info@cducsu.eu
🌐 www.cducsu.eu

f @CDUCSUEuropa
x @CDU_CSU_EP
@ cducsueuropa

Stand: Oktober 2025